



Nach dritter Verhandlungsrunde über Gehalts- und Honorarnachzahlungen:

Tarifvertragsentwurf des NDR ist unzureichend

Wir als ver.di-Verhandlungskommission kritisieren den Entwurf des NDR für einen Gehalts- und Honorarvertrag, über den die Tarifvertragsparteien am Dienstag verhandelt haben. Er schwächt die Position des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gegen politische Angriffe und gefährdet unser Ziel, die ursprünglich ab April ausgehandelten Entgelterhöhungen nachträglich zu erhalten. Der ver.di-Senderverbandsvorstand wird den NDR-Entwurf diskutieren und überlegen, wie wir im Rahmen der demokratischen Strukturen in unserer Gewerkschaft damit umgehen.

Wo konkret liegen die Probleme des NDR-Vorschlags? Der NDR bietet an, die volle dritte Stufe des Gehaltstarifvertrags ab August zu zahlen und möchte die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) lediglich bitten, ihm auch rückwirkend ab April die Mittel zur Zahlung der vollen Gehaltserhöhung zur Verfügung zu stellen. Das könnte unserer Meinung nach fatale Folgen haben: Wenn der NDR sich nicht bereits jetzt tarifvertraglich erneut zu den Ausgaben ab April verpflichtet, sinkt die Chance, dass die KEF tatsächlich die notwendigen Mittel bereitstellt und diese dann den Beschäftigten zugutekommen können.

„Den Plan des NDR halten wir für unzureichend, weil die KEF ausdrücklich zur Wirtschaftlichkeit verpflichtet ist und es daher zu erwarten ist, dass sie Ausgaben, die unser Sender nicht tatsächlich hatte, nicht anerkennen wird“, sagt die ver.di-Senderverbandsvorsitzende Stephanie Steffen. Gewerkschaftssekretär Peter Dinkloh: „Wir meinen, dass es deutlich erfolgsversprechender wäre, wenn der NDR die Ausgaben erst tätigte und dann die Erstattung bei

der KEF beantragen würde.“

Es geht uns einerseits um die ausstehende Zahlung für die vier Monate, andererseits um die politische Dimension. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Beschluss vom 20. Juli dieses Jahres das Verhalten der Regierung von Sachsen-Anhalt als Verletzung des Grundgesetzes beurteilt und wir erwarten, dass diese Verletzung möglichst komplett ausgeräumt werden. Es darf nicht sein, dass die Beschäftigten die Auswirkungen dieses Rechtsbruchs zu tragen haben. ver.di erwartet vom NDR, dass er sich mit aller Kraft für eine adäquate Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einsetzt und wirksam Gelder einfordert. Sollte der ursprüngliche Tarifvertrag nicht wiederhergestellt werden, ginge zudem eines der zentralen Ziele des Vertrags verloren, nämlich die Orientierung der Gehalts- und Honorarsteigerungen des NDR am öffentlichen Dienst.

Der NDR hatte die ursprünglich im April geplante dritte Gehaltserhöhung des Tarifvertrags aus dem Jahr 2019 von 2,45 Prozent für Gehälter und Honorare halbiert, weil das Bundesland Sachsen-Anhalt der Erhöhung des Rundfunkbeitrags auf 18,36 Euro verhindert hatte. Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Beschluss vom 20. Juli dieses Jahres das Verhalten des Bundeslands als Verletzung des Grundgesetzes beurteilt, aber die Erhöhung des Rundfunkbeitrags erst ab dem Zeitpunkt seiner Entscheidung erzwungen. Für die Zeit vor seiner Entscheidung hat es den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Möglichkeit von Kompensationszahlungen eingeräumt. Die oben geschilderten Bedenken werden wir im ver.di-Senderverbandsvorstand diskutieren und die nächsten Schritte besprechen.

Beitrittserklärung Änderungsmitteilung

Mitgliedsnummer

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--



Vertragsdaten

Titel	Vorname	Name	Ich möchte Mitglied werden ab
			0 1 2 0
Straße		Hausnummer	Geburtsdatum
Land/PLZ	Wohnort		Geschlecht <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich
Telefon		E-Mail	

Beschäftigungsdaten

<input type="checkbox"/> Angestellte*r	<input type="checkbox"/> Beamter*in	<input type="checkbox"/> erwerbslos
<input type="checkbox"/> Arbeiter*in	<input type="checkbox"/> Selbständige*r	
<input type="checkbox"/> Vollzeit	<input type="checkbox"/> Teilzeit	Anzahl Wochenstunden:
<input type="checkbox"/> Auszubildende*r/Volontär*in/Referendar*in	<input type="checkbox"/> Praktikant*in	
<input type="checkbox"/> Schüler*in/Student*in (ohne Arbeitseinkommen)	<input type="checkbox"/> Dual Studierende*r	
<input type="checkbox"/> Sonstiges	bis:	

ausgeübte Tätigkeit	
monatlicher Bruttoverdienst	€
Lohn-/Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe	
Tätigkeits-/Berufsjahre o. Lebensalterstufe	

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)	
Straße	Hausnummer
PLZ	Beschäftigungsort
Branche	

Monatsbeitrag	€
Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mindestens 2,50 Euro. Er wird monatlich zum Monatsende fällig.	

Ich wurde geworben durch:	
Name Werber*in	
Mitgliedsnummer	

SEPA-Lastschriftmandat

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE61ZZZ00000101497
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Titel/Vorname/Name (nur wenn Kontoinhaber*in abweichend)	
Straße und Hausnummer	
PLZ/Ort	

IBAN

Deutsche IBAN (22 Zeichen)

Ort, Datum und Unterschrift	X
-----------------------------	---

Datenschutzhinweise

Ihre personenbezogenen Daten werden von der Gewerkschaft ver.di gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) für die Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit Ihrer gesonderten Einwilligung. Die europäischen und deutschen Datenschutzrechte gelten in Ihrer jeweils gültigen Fassung. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter <https://datenschutz.verdi.de>.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zu ver.di / zeige Änderungen meiner Daten an¹⁾ und nehme die Datenschutzhinweise zur Kenntnis.

Ort, Datum und Unterschrift	X
-----------------------------	---

¹⁾ nichtzutreffendes bitte streichen